



**Hennef**  
DER BÜRGERMEISTER

## **Niederschrift**

**über die Sitzung des Haupt-, Finanz- und  
Beschwerdeausschusses**

**am**

<b>Wochentag</b>	<b>Datum</b>
Montag	23.11.2015

<b>Übersicht über die gefassten Beschlüsse</b>		
<b>TOP</b>	<b>Beratungsgegenstand</b>	<b>Beschluss Nr.</b>
<b>Öffentliche Sitzung</b>		
	Geschäftsordnungsbeschluss	<b>59</b>
1	Beschlussvorlagen	
1.1	Einspruch gegen die Niederschrift des Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschusses vom 01.06.2015; Schreiben der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 18.06.2015	<b>60</b>
1.2	Haushaltsberatungen 2016	<b>61 - 68</b>
1.3	Bürgerinnen- und Bürgerhaushalt 2016, Vorschläge der Bürgerinnen und Bürger	<b>69</b>
1.4	Satzung über die Festsetzung der Hebesätze für die Realsteuern der Stadt Hennef (Sieg)	<b>70</b>
1.5	1. Änderungssatzung zur Satzung der Stadt Hennef (Sieg) über die Erhebung einer Steuer auf Vergnügungen besonderer Art vom 14.02.2011	<b>71</b>
1.6	Antrag der Fraktion "Die Unabhängigen" für eine Nachhaltigkeitsatzung für die Stadt Hennef	<b>72</b>
1.7	Antrag der Republikaner NRW nach § 24 GO NRW auf Verleihung der Ehrenbürgerschaft an Victor Orbán	<b>73</b>
1.8	Erlass der 3. Änderungssatzung zur Hauptsatzung der Stadt Hennef (Sieg) vom 26.10.2009	<b>74</b>
1.9	Sperrung Bahnübergang Frankfurter Straße Bürgerantrag vom 12.11.2015	<b>75</b>
2	Anfragen	
3	Mitteilungen	
3.1	Sachstand zur Breitbandversorgung im Hennefer Stadtgebiet	
<b>Nicht öffentliche Sitzung</b>		
4	Beschlussvorlagen	
5	Anfragen	
6	Mitteilungen	

## **N i e d e r s c h r i f t**

### **Vorbemerkungen**

**Beginn:** 17:00 Uhr  
**Ende:** 18:20 Uhr  
**Ort:** Rathaus, Saal Hennef (T3.01), Frankfurter Straße 97, 53773 Hennef  
**Einladungsdatum:** 11.11.2015  
**Nachtragsdatum:** 19.11.2015  
**Vorsitzender:** Klaus Pipke  
**Schriftführerin:** Monika Frey

### **Anwesenheitsliste:**

#### **Ratsmitglieder**

Dahm, Mario	SPD	
Deisenroth-Specht, Edelgard	SPD	
Ecke, Matthias	GRÜNE	
Fiedrich, Detlev	GRÜNE	
Golombek, Björn	SPD	
Große Winkelsett, Christa	CDU	
Hartwig, Wolfgang	Die Unabhängigen	Vertreter für Herrn Rindfleisch
Herchenbach, Jochen	SPD	
Höhner, Hans Peter	CDU	
Kania, Günter	CDU	
Keuenhof, Elisabeth	CDU	
Marx, Michael	FDP	
Meinerzhagen, Norbert	Die Unabhängigen	
Mikolajczak, Dirk	CDU	Vertreter für Herrn Schenkelberg
Offergeld, Ralf	CDU	
Osterhaus-Ehm, Regina	CDU	Vertreterin für Herrn Wallau
Pasch, Rainer	CDU	
Precker, Axel	SPD	
Roos-Schumacher, Hedwig Dr.	CDU	
Spanier, Norbert	SPD	
Walterscheid, Theo	CDU	
Weisel, Gerd	Die Linke	

**Von der Verwaltung waren anwesend:**

Herr Barth	Stadtbetriebe Hennef – AöR
Frau Beyert	Finanzmanagement
Herr Breuer	Ordnungsverwaltung und Bürgerzentrum
Frau Gehrke	Finanzmanagement
Herr Gerke	Zentrale Steuerung und Service
Herr Höhner	Finanzmanagement
Frau Hombücher	Amt für Steuerungsunterstützung
Herr Nentwig	Ordnungsverwaltung und Bürgerzentrum
Herr Oppermann	Umweltamt
Herr Ratzke	Stadtbetriebe Hennef – AöR
Herr Rossenbach	Zentrale Steuerung und Service
Herr Schult	Finanzmanagement
Herr Severin	Finanzmanagement
Herr Steckmeier	Ordnungsverwaltung und Bürgerzentrum
Frau Steffan	Amt für Kultur, Sport und Öffentlichkeitsarbeit
Herr Stenzel	Stadtbetriebe Hennef – AöR
Herr Walter	Zentrale Steuerung und Service
Frau Weber	Kämmerin, Finanzmanagement

TOP	Beratungsgegenstand	Beschluss Nr.
	<b>Öffentliche Sitzung</b>	
	<b>Geschäftsordnungsbeschluss</b>	59

Herr Bürgermeister Pipke begrüßte die Mitglieder des Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschusses, stellte die form- und fristgerechte Einladung fest und wies auf die vorliegenden Tischvorlagen hin:

- TOP 1.2, Haushaltsberatungen 2016, Anlage 2
- TOP 1.9, Ergänzung zum Bürgerantrag, Anlage 7 B

Herr Jochen Herchenbach (SPD) beantragte TOP 3.1 als ordentlichen Tagesordnungspunkt zu behandeln.

Der Bürgermeister ließ über den Antrag zur Tagesordnung abstimmen.

Der Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschuss beschloss einstimmig die ergänzte Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

1	<b>Beschlussvorlagen</b>	
1.1	<b>Einspruch gegen die Niederschrift des Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschusses vom 01.06.2015; Schreiben der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 18.06.2015</b>	60

Der Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschuss gibt dem Einspruch gegen die Niederschrift der Ausschusssitzung vom 01.06.2015 statt.

Der Text in der Niederschrift zu Tagesordnungspunkt 1.4, Antrag der SPD - Fraktion für ein Konzept zur Attraktivitätssteigerung des Bürger/-innen-Haushaltes, wird wie folgt ergänzt:

Herr Fiedrich (Bündnis 90 / Die Grünen) stellte Herrn Pipke die Frage, ob das angesprochene Gutachten der GPA NRW ein nicht-öffentliches Dokument sei. Herr Pipke erklärte, dass das erwähnte Dokument öffentlich sei und die Informationen daraus auch genutzt werden können um Anträge zu stellen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

1.2	<b>Haushaltsberatungen 2016</b>	61 - 68
-----	---------------------------------	---------

Vor der Beratung und der Beschlussfassung wies der Bürgermeister auf den Ablauf und die Reihenfolge der Beratungen hin. Er bat die Fraktionen darum, ihre Anträge in dem zugehörigen Produktbereich zu stellen.

**Beratung und Beschlussfassung zu den Verwaltungs- sowie Fraktionsanträgen und zu den Produktbereichen.**

Herr Fiedrich (Bündnis 90 / Die Grünen) bat um die Präzisierung der Antwort der Verwaltung zu den Swap-Geschäften und verlangte solche Geschäfte nicht mehr durchzuführen.

Auf die Einwendungen von Herrn Fiedrich entgegnete Frau Weber, dass die Stadt auch zukünftig bei Darlehen Swap-Verträge abschließen würde, sofern deren Abschluss für die Stadt wirtschaftlicher sei. Diesen Verträgen lägen keine Zinsrisiken zugrunde, da auch nach externer Prüfung der Abschlüsse (Wirtschaftsprüfungsgesellschaft DHPG bzw. BDO) keine Drohverlustrückstellung für Zinsrisiken zu bilden sei. Dem Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen aus dem Prüfungsausschuss 2013 werde darüber hinaus dahingehend entsprochen, dass sich im Anhang des Gesamtabschlusses 2014 sowie ab 2015 auch in der Jahresrechnung ergänzend folgende Erläuterung findet:

„Die Stadt hat ihrerseits zur Zinssicherung bei variabel verzinslichen Darlehen Swap-Verträge abgeschlossen, die jeweils eine Bewertungseinheit mit dem betroffenen Darlehen bilden. Da in diesem Zusammenhang keine Risiken (z. Bsp. einseitige Kündigungs- bzw. Wandlungsrechte) existieren, waren hier keine Drohverlustrückstellungen zu bilden.“

**Produktbereich 01**

Herr Ecke (Bündnis 90 / Die Grünen) äußerte seine Bedenken zu den fehlenden Zahlen im Bereich der Personalkosten. Ihm fehle die Darstellung der Kosten für die neue zweite Beigeordneten-Stelle.

Der Bürgermeister gab zu bedenken, dass es nicht zwangsläufig zu einer Personalmehrung kommen müsse, sofern aus dem vorhandenen Personal die Beigeordneten-Stellen besetzt werden würden. Bei einer internen Besetzung wären die Kosten niedriger als bei einer externen Besetzung. Allerdings ist das eine Entscheidung des Rates, weil die Ratsmitglieder den oder die Beigeordneten zu wählen haben. Ebenfalls stehe der Arbeitsbeginn der neuen Beigeordneten noch nicht fest. Daher können zum jetzigen Zeitpunkt keine Personalkosten abgeschätzt werden.

**Produktbereich 02**

Herr Ecke (Bündnis 90 / Die Grünen) wies darauf hin, dass seine Fraktion bereits im letzten Jahr die Streichung der Mittel beantragt habe. Da bisher augenscheinlich nichts errichtet wurde, beantragte er erneut die Streichung der Mittel für die Schrankenanlage in Söven und in Happerschoß.

Die Verwaltung verwies auf die mit Nachtrag zur Bauausschusssitzungseinladung vorgelegte Antwort zur Anfrage der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen, zur Maßnah-

menumsetzung der Schrankenanlagen Söven und Happerschoss und zum Verbleib der Mittel, die sich auf Ansätze des Haushaltes 2015 bezog. Die Antwort lautete dahingehend, dass der Ansatz für die Schrankenanlage Söven eingespart werden kann, da die Umsetzung durch den geplanten Neubau derzeit nicht mehr sinnvoll erscheint. Die Schrankenanlage Happerschoss konnte bislang in 2015 nicht umgesetzt werden, erscheint jedoch weiterhin sinnvoll, so dass die Mittel per Ermächtigungsübertragung in 2016 weiter verfügbar bleiben sollten. Sollte auch 2016 keine entsprechende Investition erfolgen, geht auch dieser investive Ansatz unter.

Herr Breuer erläuterte die Notwendigkeit der Schrankenanlage erneut. Seine Situationseinschätzung wurde von einigen Ausschussmitgliedern bestätigt.

Danach ließ der Bürgermeister über den Antrag auf Streichung der Mittel der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen abstimmen:

**Beschluss – Nr.: 61**

Der Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschuss lehnte mehrheitlich den Antrag auf Streichung der Mittel ab.

Ja-Stimmen:	2 Bündnis 90 / Die Grünen, 1 Die Linke
Enthaltungen:	1 SPD
Nein-Stimmen:	restliche Ausschussmitglieder

Zu den **Produktbereichen 03, 04 und 05** gab es keinen Beratungsbedarf.

Der **Produktbereich 06** wird erst in der Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 25.11.2015 beraten. Das Ergebnis wird zur Ratssitzung am 30.11.2015 vorgelegt.

Zum **Produktbereich 08** gab es keinen Beratungsbedarf.

**Produktbereich 09**

Herr Offergeld (CDU) begründete den Antrag der CDU - Fraktion auf Sperrung der Mittel für eine Wohnungsmarktanalyse und beantragte eine Abstimmung.

Herr Herchenbach (SPD) unterstrich die Wichtigkeit eines soliden Wohnraumkonzeptes und die zukünftige Schaffung von Wohnraum.

Danach ließ der Bürgermeister über den Antrag der CDU – Fraktion auf Sperrung der Mittel abstimmen:

**Beschluss – Nr.: 62**

Der Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschuss beschloss einstimmig die Sperrung der Mittel für eine Wohnungsmarktanalyse im Zentralort in Höhe von 25.000 €.

Zu den **Produktbereichen 10 und 11** gab es keinen Beratungsbedarf.

**Produktbereich 12**

Herr Precker (SPD) hatte eine Nachfrage zur Darstellung der Einnahmen aus dem Betrieb der öffentlichen Parkplätze und Parkbauten, da die Antwort der Verwaltung die Einnahmen der Parkhäuser nicht aufgeführt hatte.

Der Bürgermeister klärte auf, dass es im einzigen Parkhaus nur fest vermietete Stellplätze und nicht öffentlich bewirtschaftete Parkplätze gäbe. Die Aufstellung zu den Mieteinnahmen werde in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Tourismus und Energie nachgereicht.

Zu den **Produktbereichen 13, 14 und 16** gab es keinen Beratungsbedarf.

**Der Bürgermeister ließ nun über die Verwaltungsanträge abstimmen.**

**Beschluss – Nr.: 63**

Der Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschuss empfahl dem Rat der Stadt Hennef einstimmig, bei Enthaltung der Fraktionen Bündnis 90 / Die Grünen und „Die Linke“, die vorgelegten Änderungen zum Ergebnis- und Finanzplan zu beschließen.

**Der Bürgermeister ließ dann über die einzelnen Produktbereiche abstimmen.**

**Beschluss – Nr.: 64**

Der Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschuss empfahl dem Rat der Stadt Hennef einstimmig, bei Enthaltung der Fraktionen Bündnis 90 / Die Grünen und „Die Linke“, die Produktbereiche einschließlich Änderungen wie folgt zu beschließen:

<b>Produktbereich</b>	<b>Jahr</b>	<b>Zuschussbedarf Ergebnisplan</b>	<b>Kreditbedarf investiver Finanz- plan</b>
01 - Innere Verwaltung	2016	-7.948.461,00 €	-5.770.955,00 €
	2017	-7.828.096,00 €	-2.274.955,00 €
	2018	-8.103.424,00 €	-2.494.955,00 €
	2019	-8.098.210,00 €	-3.244.955,00 €
02 - Sicherheit u. Ordnung	2016	-2.108.736,00 €	-733.360,00 €
	2017	-2.284.816,00 €	-442.580,00 €
	2018	-2.208.638,00 €	-521.480,00 €
	2019	-2.279.595,00 €	-157.280,00 €
03 - Schulträgeraufgaben	2016	-8.968.083,00 €	-903.950,00 €
	2017	-9.415.729,00 €	-1.213.623,00 €
	2018	-9.276.585,00 €	-443.177,00 €
	2019	-9.431.017,00 €	-427.041,00 €
04 - Kultur und Wissenschaft	2016	-695.494,00 €	-80.910,00 €
	2017	-702.848,00 €	-68.910,00 €
	2018	-715.080,00 €	-68.910,00 €
	2019	-741.325,00 €	-68.910,00 €

Sitzung des **Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschusses** am 23.11.2015

Produktbereich	Jahr	Zuschussbedarf	Kreditbedarf
		Ergebnisplan	investiver Finanzplan
05 - Soziale Hilfen	2016	-1.085.424,00 €	-4.650,00 €
	2017	-1.102.199,00 €	-4.650,00 €
	2018	-1.118.280,00 €	-4.650,00 €
	2019	-1.136.509,00 €	-4.650,00 €
06 - Kinder-, Jugend- u. Familienhilfe (Wird in der Sitzung am 25.11.2015 behandelt)	2016		
	2017		
	2018		
	2019		
08 - Sportförderung	2016	-814.232,00 €	-29.000,00 €
	2017	-785.581,00 €	-15.000,00 €
	2018	-789.900,00 €	-223.000,00 €
	2019	-797.207,00 €	-255.000,00 €
09 - Räumliche Planung u. Entwicklung, Geoinformation	2016	-788.767,00 €	-450,00 €
	2017	-716.917,00 €	-450,00 €
	2018	-700.912,00 €	-450,00 €
	2019	-721.928,00 €	-450,00 €
10 - Bauen und Wohnen	2016	-833.584,00 €	2.860,00 €
	2017	-864.989,00 €	2.860,00 €
	2018	-897.573,00 €	2.860,00 €
	2019	-946.863,00 €	2.860,00 €
11 - Ver- u. Entsorgung	2016	-18.800,00 €	0,00 €
	2017	-18.800,00 €	0,00 €
	2018	-18.800,00 €	0,00 €
	2019	-18.800,00 €	0,00 €
12 - Verkehrsflächen und -anlagen	2016	-8.114.684,00 €	-1.169.445,00 €
	2017	-7.996.649,00 €	-982.045,00 €
	2018	-8.030.583,00 €	-1.686.685,00 €
	2019	-8.012.591,00 €	-851.985,00 €
13 - Natur- und Landschaftspflege	2016	-1.315.846,00 €	-313.940,00 €
	2017	-1.301.939,00 €	-878.860,00 €
	2018	-1.311.507,00 €	-441.860,00 €
	2019	-1.321.185,00 €	-126.360,00 €
14 - Umweltschutz	2016	-178.732,00 €	-180,00 €
	2017	-151.061,00 €	-180,00 €
	2018	-164.712,00 €	-180,00 €
	2019	-169.193,00 €	-180,00 €
16 - Allgemeine Finanzwirtschaft	2016	41.939.952,00 €	2.864.892,00 €
	2017	45.143.506,00 €	2.534.892,00 €
	2018	45.281.945,00 €	2.833.892,00 €
	2019	47.752.197,00 €	2.741.892,00 €

**Im Anschluss ließ der Bürgermeister die Konsolidierungsmaßnahmen zum Haushaltssicherungskonzept beschließen.**

**Beschluss – Nr.: 65**

Der Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschuss empfahl dem Rat der Stadt Hennef mehrheitlich, bei den Gegenstimmen der Fraktionen „Die Unabhängigen“ und „Die Linke“, mit den Stimmen der übrigen Ausschussmitglieder, die vorliegenden Konsolidierungsmaßnahmen zum Haushaltssicherungskonzept zu beschließen.

**Danach rief Herr Pipke die Abstimmung über die Anträge zum Entwurf der Haushaltssatzung 2016 auf.**

**Beschluss – Nr.: 66**

Der Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschuss empfahl dem Rat der Stadt Hennef einstimmig die vorliegenden Anträge der SPD – Fraktion und die sich hieraus ergebenden Änderungen zu beschließen.

Der Bürgermeister wies darauf hin, dass die vorliegende Liste der abzulehnenden Anträge ohne den Antrag der CDU - Fraktion auf Sperrung der Mittel für die Wohnungsmarktanalyse beschlossen wird, weil über diesen Antrag bereits entschieden wurde.

**Beschluss – Nr.: 67**

Der Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschuss empfahl dem Rat der Stadt Hennef mehrheitlich, bei einer Gegenstimme aus der Fraktion „Die Linke“ und mit den Stimmen der übrigen Ausschussmitglieder, die vorliegenden Anträge abzulehnen.

**Zum Abschluss der Haushaltsberatungen 2016 im Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschuss ließ der Bürgermeister über die Beschlussempfehlung an den Rat abstimmen.**

**Beschluss – Nr.: 68**

Der Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschuss empfahl dem Rat der Stadt Hennef (Sieg) mehrheitlich, gegen die Stimmen der Fraktion „Die Unabhängigen“, bei Enthaltung der Fraktionen Bündnis 90 / Die Grünen und „Die Linke“ und mit den Stimmen aus den Fraktionen CDU, SPD und FDP,

- die Haushaltssatzung,
- den Ergebnisplan,
- den Finanzplan,
- die Teilpläne,
- die Anlagen zum Haushaltsplan
- die Konsolidierungsmaßnahmen zum Haushaltssicherungskonzept
- das Haushaltssicherungskonzept

gemäß dem Entwurf zum Haushalt 2016 unter Berücksichtigung der beschlossenen Änderungen zu verabschieden.

Zu den Anlagen zum Haushaltsplan gehören

1. der Vorbericht einschließlich einer Übersicht über die Zuwendungen an die Fraktionen, Gruppen und einzelner Ratsmitglieder,
2. das Haushaltssicherungskonzept,
3. der Stellenplan,
4. die Bilanz zum 31.12.2014,
5. eine Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen
6. eine Übersicht über die Verbindlichkeiten zu Beginn/zum Ende des Haushaltsjahres,
7. eine Übersicht über die Entwicklung des Eigenkapitals,
8. eine Übersicht über die Wirtschaftslage und die voraussichtliche Entwicklung der Unternehmen und Einrichtungen sowie der Anstalten des öffentlichen Rechts und der Sondervermögen, für die Sonderrechnungen geführt werden.

1.3	<b>Bürgerinnen- und Bürgerhaushalt 2016, Vorschläge der Bürgerinnen und Bürger</b>	69
-----	--	----

Herr Hartwig (Die Unabhängigen) wies darauf hin, dass die Verwaltung den Bürgerinnen und Bürgern die sich mit Vorschlägen beteiligt haben, einen Dank aussprechen sollte.

Der Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschuss des Rates der Stadt Hennef empfahl dem Rat der Stadt Hennef einstimmig bei einer Enthaltung aus der Fraktion „Die Unabhängigen“ und einer Enthaltung der Fraktion „Die Linke“:

Die Vorschläge der Bürgerinnen und Bürger sowie die Stellungnahmen der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

1.4	<b>Satzung über die Festsetzung der Hebesätze für die Realsteuern der Stadt Hennef (Sieg)</b>	70
-----	---	----

Der Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschuss der Stadt Hennef (Sieg) empfahl dem Rat der Stadt Hennef (Sieg) mehrheitlich, gegen die Stimmen der Fraktion „Die Unabhängigen“ und mit den Stimmen der übrigen Ausschussmitglieder, den Erlass der Satzung über die Festsetzung der Hebesätze für die Realsteuern der Stadt Hennef (Sieg) (Hebesatzsatzung) in der vorgelegten Form zu beschließen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich

1.5	<b>1. Änderungssatzung zur Satzung der Stadt Hennef (Sieg) über die Erhebung einer Steuer auf Vergnügungen besonderer Art vom 14.02.2011</b>	71
-----	--	----

Der Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschuss empfahl dem Rat der Stadt Hennef einstimmig, die als Anlage beigefügte 1. Änderungssatzung zur Satzung der Stadt Hennef (Sieg) über die Erhebung einer Steuer auf Vergnügungen besonderer Art vom 14.02.2011 zu beschließen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

1.6	<b>Antrag der Fraktion "Die Unabhängigen" für eine Nachhaltigkeitssatzung für die Stadt Hennef</b>	72
-----	--	----

Herr Dahm (SPD) begründete ausführlich die ablehnende Haltung der SPD - Fraktion zu der vorliegenden Nachhaltigkeitssatzung.

Herr Meinerzhagen (Die Unabhängigen) beanstandete den vorliegenden Entwurf der Nachhaltigkeitssatzung, weil seine ursprünglich beantragte Fassung der Nachhaltigkeitssatzung etwas anders formuliert war.

Herr Ecke (Bündnis 90 / Die Grünen) sieht derzeit keine Notwendigkeit für die Verabschiedung einer Nachhaltigkeitssatzung, weil bereits nach den dort erwähnten Grundsätzen im Rat und in den Ausschüssen gearbeitet werde. Eine nachhaltige Politik für die Zukunft und die Verhinderung von Belastungen für die zukünftigen Generationen soll natürlich bei jeder Entscheidung im Vordergrund stehen.

Herr Offergeld (CDU) machte zunächst deutlich, dass die CDU - Fraktion auch ohne Nachhaltigkeitssatzung stets die politischen Entscheidungen verantwortungsvoll und nachhaltig treffe. Er wies darauf hin, dass infolge der bevorstehenden Haushaltssicherung ohnehin ein hoher Konsolidierungsdruck auf die Politik und die Verwaltung bestehe. Die Haushaltssicherung liefert, auch ohne die Verabschiedung einer Nachhaltigkeitssatzung, genug Instrumente zur Steuerung der zukünftigen Entschuldung.

Herr Hartwig (Die Unabhängigen) stellte klar, dass die Intention bei der Einbringung der vorliegenden Nachhaltigkeitssatzung gewesen sei, das Sparen in den Vordergrund zu setzen.

Der Bürgermeister ließ über den Beschlussvorschlag abstimmen:

Der Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschuss empfahl dem Rat einstimmig, bei Enthaltung aus der Fraktion „Die Unabhängigen“ und einer Enthaltung aus der CDU-Fraktion, die Ablehnung der Nachhaltigkeitssatzung in der von der Verwaltung vorgeschlagenen Form.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

1.7	<b>Antrag der Republikaner NRW nach § 24 GO NRW auf Verleihung der Ehrenbürgerschaft an Victor Orbán</b>	73
-----	--	----

Der Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschuss der Stadt Hennef (Sieg) beschloss einstimmig den Antrag der Republikaner NRW nach § 24 GO NRW auf Verleihung der Ehrenbürgerschaft an Victor Orbán abzulehnen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

1.8	<b>Erlass der 3. Änderungssatzung zur Hauptsatzung der Stadt Hennef (Sieg) vom 26.10.2009</b>	74
-----	---	----

Herr Dahm (SPD) bat um die zusätzliche Anpassung des § 9 Abs. 2 der Hauptsatzung, damit auch dort der Plural fortgeführt werde.  
Der Bürgermeister dankte für den Hinweis.

Herr Hartwig (Die Unabhängigen) fragte nach, wie hoch die Personalkosten für den zusätzlichen zweiten Beigeordneten seien.

Der Bürgermeister antwortete, dass sich die Personalkosten an den persönlichen Verhältnissen der gewählten Person orientieren würden, die bisher noch unbekannt seien. Daher kann erst mit der Wahl des zweiten Beigeordneten durch den Rat die konkreten Mehrkosten ermittelt werden.

Herr Ecke und Herr Fiedrich (Bündnis 90 / Die Grünen) sehen nicht den Bedarf eines zusätzlichen Beigeordneten. Sie verwiesen auf die bisher straffe Führungsspitze, die stets den Eindruck erweckte, dass alles gut organisiert sei und funktioniere.

Herr Offergeld (CDU) stimmte zu, dass die Verwaltungsmitarbeiter über diesen langen Zeitraum hinweg die Amtsgeschäfte des Ersten Beigeordneten gut und gewissenhaft fortgeführt haben, bemerkte aber, dass nun die Belastungsgrenze einzelner erreicht sei.

Die Neuordnung der Geschäftsbereiche solle unter anderem die Verwaltungsaufgaben aufteilen, damit die neu hinzugekommenen Aufgaben z. B. in den Bereichen Inklusion und Flüchtlinge, effektiv und effizient angegangen werden können.

Herr Marx (FDP) begrüßte die Überprüfung der vorhandenen Strukturen und eine Neuorganisation der Verwaltung. Zukünftig müssen ebenfalls die persönlichen Fähigkeiten der neu gewählten Beigeordneten berücksichtigt werden. Für die vielfältigen neuen Herausforderungen sei eine sinnvolle Aufteilung auf mehrere Dezernate folgerichtig. Aus Kostengründen wäre allerdings eine personelle Besetzung aus dem vorhandenen Personalstamm wünschenswert.

Herr Spanier (SPD) erklärte, dass im Verfahren bis zur endgültigen Wahl der Beigeordneten die Beteiligung der Ratsmitglieder im Vordergrund stehe und daher erst mal abgewartet werden müsse, welche Bewerbungen auf die Beigeordneten-Stellen letztlich eingehen werden. Bis dahin sei noch jede Entscheidung offen. Wichtig sei das Auswahlverfahren jetzt mit der Änderung der Hauptsatzung zu starten und so nicht unnötig Zeit zu vergeuden. Schließlich solle die Stadt weiterhin gut geführt und somit auch die politische Arbeit unterstützt werden.

Der Bürgermeister ließ über die ergänzte 3. Änderungssatzung abstimmen.

Der Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschuss empfahl mehrheitlich, gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen, bei einer Enthaltung aus der Fraktion „Die Linke“ und mit den Stimmen der übrigen Ausschussmitglieder:

Der Rat der Stadt Hennef solle die beigefügte ergänzte 3. Änderungssatzung zur Hauptsatzung der Stadt Hennef (Sieg) vom 26.10.2009 beschließen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich

1.9	<b>Sperrung Bahnübergang Frankfurter Straße Bürgerantrag vom 12.11.2015</b>	75
-----	---	----

Der Bürgermeister erklärte zu Beginn, dass er sich dem Bürgerantrag grundsätzlich sofort anschließen würde, die Schließung des Bahnüberganges Frankfurter Straße jedoch auf Grund der noch fehlenden Bahnunterführung Bröltalstraße momentan nicht umsetzbar ist.

Herr Spanier (SPD) fragte, ob es überhaupt möglich sei, den Bahnübergang „einfach so“ zu schließen. Bei den vorherigen Schließungen von Bahnübergängen in Hennef hat es immer Hürden gegeben, die die „einfache“ Schließung unmöglich gemacht haben. Es geht hierbei um die Ertüchtigung des Bahnüberganges in der Frankfurter Straße.

Der Bürgermeister gab zu bedenken, dass der Bahnübergang an der Frankfurter Straße nicht ohne weiteres geschlossen werden kann, da hiervon besonders die Fußgänger und Radfahrer negativ betroffen wären. Sie müssten einen großen Umweg bis zum Bahnübergang Bröltalstraße bewältigen.

Herr Hartwig (Die Unabhängigen) merkte an, dass der Bürger in seinem Antrag auch von einer Einbahnregelung gesprochen hat. Davon wären dann Fußgänger und Radfahrer nicht betroffen.

Der Bürgermeister sieht ganz deutlich den Handlungsbedarf, sagt aber auch, dass die Bröltalstraße aktuell an der Grenze der Belastung angekommen ist und solange hier keine Veränderung eintritt, kann der Bahnübergang in der Frankfurter Straße nicht geschlossen werden.

Herr Offergeld (CDU) machte die Bedeutung der zu bauenden Unterführung in der Bröltalstraße deutlich und zeigte auf, dass der Bahnübergang Bröltalstraße nicht zusätzlich durch Autos aus der Innenstadt belastet werden kann.

Der Bürgermeister erklärte, dass erst mit der Bahnunterführung Bröltalstraße eine teilweise oder vollständige Sperrung des Bahnübergangs Frankfurter Straße in Betracht gezogen werden könne. Spätestens wenn der Güterzugverkehr auf der Siegtalstrecke ausgeweitet wird, sind die Schrankenschließzeiten am Bahnübergang Frankfurter Straße kaum noch verträglich für den Innenstadtverkehr.

Herr Hartwig (Die Unabhängigen) gab den Hinweis, dass wahrscheinlich sehr vielen Autofahrern das Schild auf der Frankfurter Straße, welches dazu auffordert, bei Rückstau nach links abzubiegen, nicht geläufig bzw. nicht aufgefallen ist.

Einige Stimmen aus den Reihen der politischen Vertreter forderten, die Bürgerinnen und Bürger – möglicherweise über eine Pressemitteilung oder vor Ort – auf das Schild aufmerksam zu machen.

Der Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschuss der Stadt Hennef (Sieg) beschloss einstimmig bei einer Enthaltung der Fraktion „Die Linke“, dass die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis genommen werden.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

2	<b>Anfragen</b>	
---	-----------------	--

Keine.

3	<b>Mitteilungen</b>	
---	---------------------	--

3.1	<b>Sachstand zur Breitbandversorgung im Hennefer Stadtgebiet</b>	
-----	--	--

Gemäß Geschäftsordnungsbeschluss wurde diese Anfrage als ordentlicher Tagesordnungspunkt behandelt.

Herr Jochen Herchenbach (SPD) führte aus, dass der Bund den Breitbandausbau mit 2,7 Milliarden Euro bezuschusst. Von den anfallenden Kosten trägt der Bund 50 %, das Land 40 % und die Kommunen 10 %. Der Förderantrag müsse jedoch ein überzeugendes Konzept beinhalten, weil die Anträge anhand transparenter Kriterien (Scoring) bewertet werden würden. Dieses Punktesystem bildet die Grundlage für eine Förderentscheidung.

Herr Rossenbach führte aus, dass neben dem Ansatz für die Mitverlegung von Leerrohren auch 100.000 Euro als Eigenanteil für dieses Förderverfahren eingestellt wurden, die insgesamt eine Investitionssumme von 1 Million Euro ermöglichen. Das Land, welches 40 % Förderung bereitstellen soll, entwickelt zurzeit noch das Konzept. Die Stadt arbeitet ihrerseits mit dem Rhein-Sieg-Kreis zusammen, der von externen Beratern unterstützt wird und den entsprechenden Förderantrag stellen wird.

Herr Herchenbach fordert die Verwaltung auf, das Konzept zum Breitbandausbau in Hennef in einer der nächsten Sitzungen des Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschusses oder des Wirtschaftsausschusses vorzulegen.

Der Bürgermeister sagte dies zu.

	<b>Nicht öffentliche Sitzung</b>	
4	<b>Beschlussvorlagen</b>	

Keine.

5	<b>Anfragen</b>	
---	-----------------	--

Keine.

6	<b>Mitteilungen</b>	
---	---------------------	--

Keine.

  
Klaus Pipke  
Vorsitzender

  
Monika Frey  
Schriftführerin